

tung. Es war die Schaltzentrale für das gesamte Machtsystem Berlusconi. Die Niederlage hier hat die Mitte-rechts-Koalition mitten ins Herz getroffen. Ich bin sicher, das Ergebnis wird nicht ohne Folgen für ganz Italien bleiben.

SPIEGEL: Ein Koalitionspartner Berlusconi, der Chef der christdemokratischen Partei UDC, Marco Follini, warnt vor einer „tiefen Systemkrise“.

Penati: Die Regierung Berlusconi steckt in der Tat in einer tiefen, gefährlichen Krise. Sowohl bei den Europa- als auch bei den Regional- und Kommunalwahlen hat vor allem Forza Italia kräftig verloren. Diese Partei aber ist der entscheidende Stützpfeiler der Koalition. Will Forza nicht ganz untergehen, muss sie sich nun gegen ihre Partner, die anderen Regierungsparteien, profilieren ...

SPIEGEL: Oder vorgezogene Parlamentswahlen in Kauf nehmen?

Penati: Schon möglich. Die Beziehungen zwischen den Regierungspartnern sind seit langem gespannt. Jetzt wird alles noch viel schwieriger für sie.

SPIEGEL: Das Bündnis L'Ulivo, ein bunter Haufen aus Kommunisten, Grünen, Sozialisten und Christdemokraten, ist nicht weniger zerstritten. Wie groß sind die Chancen für Romano Prodi, der in Kürze von Brüssel an die Spitze der Opposition in Rom wechselt?

Penati: Meine Kandidatur wurde ja auch von elf verschiedenen Parteien und Wahlvereinigungen getragen. Und ich habe erlebt, dass es funktionieren kann, verschiedene Richtungen in einer Allianz zusammenzuschmieden und dort Stimme und Gewicht zu geben. Das werden die Ulivo-Partner auch auf nationaler Ebene schaffen und dazu demnächst eine starke Führungspersonlichkeit präsentieren, die den Wählern die Angst vor einem Wechsel nimmt.

möchte Weißrussland in den Kreis neuer EU-Anwärter einbezogen sehen, wenn sich dort demokratische Verhältnisse entwickelt haben. Und nach der Aufnahme von formalen Beitrittsverhandlungen mit Kroatien im kommenden Frühjahr sowie dem für 2007 erwarteten EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens sei auch Staaten wie Moldau, Serbien, Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien der förmliche Status als EU-Anwärter kaum mehr zu verweigern, glaubt der deutsche Diplomat. Ein Kerneuropa als politische Union, wie es heute bereits beim Euro und beim Schengen-Grenzabkommen besteht, wäre dann allerdings unausweichlich.

ISRAEL

Richter rügen Regierung

Im Kampf mit der Justiz kommt Premier Ariel Scharon nicht zur Ruhe. Kaum hat er eine Anklage wegen des Verdachts der Korruption durch Privateschäfte abgewendet, bringen ihn Richter als Regierungschef in Bedrängnis. Nach Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs ist ausgerechnet der von Scharon als Chefsache propagierte Trennwall, der Israelis vor palästinensischen Selbstmordattentätern schützen soll, nicht rechtens – zumindest in etlichen Teilen. Die Juristen stoppten vergangenen Donnerstag den Bau der Betonmauer nahe der palästinensischen Siedlung Nuaman. Das Dorf jenseits der alten Staatsgrenze von 1967 sollte ursprünglich dem jüdischen Staat einverleibt werden. Israelische Ausweise aber

sollten die Palästinenser bislang nicht erhalten. Nun ist das Verteidigungsministerium aufgefordert, dem Gericht eine für die Anwohner zumutbare Lösung zu präsentieren. Bereits tags zuvor hatten die Richter einen 30 Kilometer langen Teil der Sperranlage bei Ramallah für unverhältnismäßig erklärt. Auch hier würden für die Palästinenser Grundrechte wie die Bewegungsfreiheit unzumutbar eingeschränkt. Nun hoffen palästinensische Anwälte, das geplante rund 680 Kilometer lange Bollwerk, das erst zu einem Viertel fertig ist, doch noch weitgehend verhindern zu können und kündigten eine Prozesslawine an. Schon für Freitag dieser Woche steht ein weiterer Gerichtsentscheid bevor, der weltweit am Image Israels kratzen könnte: In Den Haag will der Internationale Gerichtshof über die grundsätzliche Rechtmäßigkeit des Walls urteilen.



REINHARD KRAUSE / REUTERS



Grenzwall zwischen Ost-Jerusalem und Abu Dis (Westjordanland)

ÖSTERREICH

Ruck nach rechts

Kanzler Wolfgang Schüssel muss um die Stabilität seiner Mitte-rechts-Regierung fürchten. Grund ist die zunehmende „Pulverisierung“ („Profil“) seines Koalitionspartners FPÖ. Seit die Freiheitlichen bei den Europawahlen fast drei Viertel ihrer Wähler verloren, stellen dort immer mehr rechtsextreme Politiker die Machtfrage. Ziel ihrer Angriffe ist vor allem die Galleionsfigur der FPÖ, „Chefkonsulent“ Jörg Haider, der seine innerparteilichen Widersacher inzwischen schon als „Taliban und Fundamentalisten“ abkanzelt. Ihre Wortführer, wie der einsti-

ge Haider-Vertraute Ewald Stadler oder der Wiener FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, stellen die Fortsetzung der Koalition mit Schüssels Volkspartei in Frage. Stadler erwarb sich wegen seiner scharfen Attacken noch an der Seite Haiders einst einen zweifelhaften Ruf als „Dobermann“. Strache schwafelt gern von der Gefahr einer „Umvolkung“ Österreichs. „Eigentlich ist die Ära Jörg Haider in der FPÖ zu Ende“, behauptet auch Andreas Mölzer, der

einzige verbliebene Europaparlamentarier seiner Partei und Herausgeber einer rechtsergerichteten Wochenzeitung. Die Zukunft der FPÖ sehen Mölzer und Freunde vielmehr als „deutsch-nationale Partei mit einem Wählerstamm von sechs Prozent“.



HERBERT PFARRHOFER / APA

FPÖ-Gegner Haider, Strache